



Sicherheitsrat

Verteilung: Allgemein
14. Juli 2023

Resolution 2692 (2023)

verabschiedet auf der 9377. Sitzung des Sicherheitsrats am 14. Juli 2023

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf alle seine früheren Resolutionen zu Haiti, namentlich die Resolutionen [2645 \(2022\)](#) und [2653 \(2022\)](#),

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Haitis,

insbesondere *unter Hinweis* auf seine Resolution [2476 \(2019\)](#), mit der auf der Grundlage des Berichts des Generalsekretärs vom 1. März 2019 (S/2019/198) und mit Wirkung vom 16. Oktober 2019 das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Haiti (BINUH) eingerichtet wurde,

unter Hinweis auf seine Resolution [2653 \(2022\)](#) zur Verhängung von Sanktionsmaßnahmen als Reaktion auf die Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region, die von dem hohen Maß an Bandengewalt und anderen kriminellen Tätigkeiten sowie von illegalen Waffen- und Finanzströmen ausgeht, und *ferner unter Hinweis* auf die Resolution [2664 \(2022\)](#), die die in Ziffer 10 der Resolution [2653 \(2022\)](#) festgelegte Ausnahmeregelung für das Einfrieren von Vermögenswerten außer Kraft setzt,

unter entschiedenster Verurteilung der Zunahme der Gewalt, kriminellen Tätigkeiten und Menschenrechtsverletzungen und -übergriffe, die den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit Haitis und der Region untergraben, darunter Entführungen, sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt, Menschenhandel und Migrantenschleusung, Morde, außergerichtliche Tötungen und Rekrutierung von Kindern durch bewaffnete Gruppen und kriminelle Netzwerke,

betonend, dass die Regierung Haitis die Hauptverantwortung dafür trägt, die tieferen Ursachen der Instabilität und Ungleichheit zu bekämpfen und zusammen mit anderen Interessenträgern, einschließlich der Zivilgesellschaft, junger Menschen und des Privatsektors, dauerhafte Lösungen zur Bewältigung der unmittelbaren und langfristigen Herausforderungen Haitis zu finden, eingedenk der vollen, gleichberechtigten, konstruktiven und sicheren Teilhabe der Frauen,

betonend, dass die Bekämpfung der tieferen Ursachen der Instabilität in Haiti politische Lösungen erfordert, und in dieser Hinsicht *ferner unter Betonung* der dringenden Notwendigkeit, eine breitere Beteiligung zu fördern und einen möglichst breiten Konsens im

23-13856 (G)



S/RES/2692

mehrerer Organisationen und der Notwendigkeit, den dringendsten humanitären Bedarf zu decken,

Kenntnis nehmend von dem Schreiben des Premierministers, des Ministerrats und des Hohen Übergangsrats Haitis vom 7. Juni 2023 an den Generalsekretär mit dem neuerlichen Direktappell um Entsendung internationaler Spezialkräfte und Bereitstellung technischer Hilfe zur Bekämpfung der Bandengewalt, was in dem Schreiben des Generalsekretärs S/2022/747 sowie in dem Bericht des Generalsekretärs S/2023/274 vom 14. April 2023 bekräftigt wurde, in dem dieser das Ersuchen der haitianischen Regierung um internationale Spezialkräfte zur Unterstützung der Anstrengungen der Haitianischen Nationalpolizei bei der Bekämpfung des hohen Ausmaßes der Bandengewalt und bei der Wiederherstellung der Sicherheit bekräftigte,

mit tiefer Sorge *Kenntnis nehmend* von den Auswirkungen der sich verschlechternden Sicherheitslage auf das operative Umfeld, die die Mobilität des Zivilpersonals und der Polizei des BINUH innerhalb und außerhalb von Port-au-Prince stark eingeschränkt haben, *ferner Kenntnis nehmend* von der unverzichtbaren Rolle des BINUH bei der weiteren Unterstützung der Bekämpfung der Bandengewalt in Haiti und der Bereitstellung von Unterstützung für die Haitianische Nationalpolizei und bekräftigend, dass die haitianischen Behörden die Hauptverantwortung für den Schutz von Zivilpersonen im gesamten Hoheitsgebiet tragen,

unter Begrüßung der Entscheidung des Generalsekretärs, Haiti am 1. Juli 2023 einen Solidaritätsbesuch abzustatten,

1. *beschließt*, das Mandat des BINUH im Einklang mit Ratsresolution [2476 \(2019\)](#) unter der Leitung einer Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und mit den in Ziffer 1 der Resolution [2645 \(2022\)](#) festgelegten Berichterstattungspflichten bis zum 15. Juli 2024 zu verlängern;

2. *beschließt ferner*, dass die Gruppe Polizei und Strafvollzug des BINUH bis zu

70

13. *erklärt erneut*, wie wichtig es ist, dass sich das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und andere zuständige Organisationen der Vereinten Nationen für die Unterstützung der Maßnahmen gegen bewaffnete Banden einsetzen, um die Sicherheit der Häfen zu erhöhen, die Erhebung von Zöllen zu verbessern und illegale Finanzströme einzudämmen, und *erklärt ferner erneut*, wie wichtig es ist, freiwillige finanzielle Beiträge zur Unterstützung dieser Maßnahmen zu mobilisieren;

14. *ersucht* das BINUH um die Erhöhung seiner Unterstützungs- und Sicherheitskapazitäten, damit sein Zivil- und Polizeipersonal sich sicher bewegen und das Mandat wirksam durchführen kann;

15. *betont*